

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komparateltabelle kostet 1.50 M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 7. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Groß-Berliner Streikgefahr.

Das Ergebnis der Abstimmung.

Die Abstimmung der städtischen Arbeiter über einen Sympathiestreik für die streikenden Güterarbeiter ist im Laufe der Nacht geschlossen worden. ...

Trotz dieses überwältigenden Ergebnisses zugunsten eines Streiks werden die Verhandlungen fortgesetzt, um eine Einigung zu erzielen. ...

Wir geben noch einmal der Hoffnung Ausdruck, daß der Magistrat — insbesondere Oberbürgermeister Böß — endlich seinen Standpunkt ändert und den Forderungen der streikenden Güterarbeiter so weit entgegenkommt, daß der Generalstreik aller städtischen Arbeiter und Angestellten und damit eine neue schwere Katastrophe für Berlin vermieden wird. ...

Russischer Protest gegen Kahr-Willkür.

Der Vertreter der russischen Sowjetregierung Wjgodor Kopp hat dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der er gegen die Ausweisung des russischen Volksbeauftragten Krestinski aus Bayern Beschwerde erhebt. ...

Krestinski ist mit vollständigen Papieren, mit Einreiseerlaubnis der bayerischen Regierung, mit Aufenthaltserlaubnis des Bades Rißlingen zur Kur nach Rißlingen gereist. Er hat sich dort sechs Wochen ungehindert aufgehalten und sich in jeder Hinsicht den Vorschriften der Landespolizeibehörde unterworfen. ...

Bayern sich um die Abmachungen der Reichsregierung nicht kümmern, ...

Wenn die Reichsregierung es bisher geduldet hat, daß selbst die Reichsbürger in Bayern unter Polizeikontrôle stehen, so hat sie damit die Miesbacher nur ermöglicht, mit gesenkten Hörnern gegen die deutsch-russischen Beziehungen anzugehen. ...

Hierzu wird uns aus München geschrieben: Während der berüchtigte Münchener Polizeipräsident die sozialistischen Sektionslokale und Wohnungen mehrheitssozialistischer Führer durchsuchen und von den „politischen Verbrechern“ der bayerischen MSP. Fingerabdrücke herstellen läßt, geht durch die Presse eine Notiz, daß in einem erstklassigen Hotel in Bad Rißlingen russische Sowjetkommisäre wohnen sollten. ...

Da der Aufenthalt von Bolschewisten die allergrößte Gefahr für ein Land wie Bayern bedeutet, das infolge der rigorosen Durchführung der Entwaffnung durch die Regierung Kahr und durch die „freiwirtschaftlichen“ Waffenschleppungen in die Schlupfwinkel

der Troster Grenze, sowie durch die Ausbedung der blutrünstigsten kommunistischen Schandtaten im „Sprengstoffprozeß“ völlig schußlos und wehrlos den elementarsten Ausbrüchen kommunistischer Nordzentralen preisgegeben erscheint, wurden die beiden am 2. Juli nach eingehender Einbernahme im Fremdenamt der Polizeidirektion auf Grund der Verordnung vom 20. März 1920 aus Bayern ausgewiesen und mit dem Zug um 9 Uhr 5 Minuten abends unter strengster Bewachung dahin zurückgeschickt, woher sie kamen — man höre und staune, nicht nach Moskau oder Petersburg, Kiew oder Astrachan —, nein, nach Berlin!

Der Ordnungsstaat drückt der Reichsregierung seine Verachtung für die schamlose Duldung von Umsturzposteln innerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle dadurch aus, daß er diese Bestien in Menschengestalt, den „Havellschwämmern“, wie sich der „Miesbacher Anzeiger“ geschmackvoll ausdrückt, zum dauernden Bedenken wieder zurückschickt. Ob es sich die Reichsregierung wohl sehr zu Herzen nehmen wird?

Balfour gestorben.

Im Alter von 73 Jahren ist Lord Arthur James Balfour gestorben. Er war einer der letzten altenglischen Hochtories, schon als junger Mann Privatsekretär Lord Salisburys und seither mehrmals konservativer Premier oder Minister. ...

Neuer Polenputsch?

Unser Sonderberichterstatter schreibt uns: Noch bevor die von der R. angeordnete Räumungsaktion durchgeführt war, erklärten De Rond und seine verantwortlichen Mitarbeiter der anderen Ententestaaten einen Aufruf an die Bevölkerung, der ohne Grund die Räumung als vollzogen bezeichnete und eine Amnestie verkündigte. ...

Selbsterniedrigung der R.

denn sie sagte durch ihren Aufruf den polnischen Banditen, daß sie nicht die Rettung beifige, endlich Ruhe und Ordnung zu schaffen. Schon heute zeigen sich die Folgen. Die polnischen Insurgenten sehen nicht nur ihr bisheriges Treiben, sinnlose Zerstörung und Brandstiftungen, fort, sondern sie morden auch weiterhin deutsche Frauen und Männer. Die meisten der zur Flucht gezwungenen Deutschen sind nicht in der Lage, zurückzukehren oder mußten, so weit das geschah, dem Terror wieder weichen, um nur das nackte Leben zu retten. ...

Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Befürchtungen für einen neuen Zustand nicht verhallen. Allerdings wird für diese Vermutung von einer gewissen Seite auch Propaganda gemacht. Wir hatten Gelegenheit, die Truppen Korfants zu sehen und auch Herrn Korfants selbst über die Liquidierung des Aufstandes und die Möglichkeit eines neuen Putschs zu sprechen. ...

Unterredung mit Korfants.

als aus den Zuständen innerhalb der insurgierten Verbände empfinden, sprechen doch eine ganze Reihe von Momenten gegen einen neuen Aufstand, solange die Entscheidung nicht gefallen ist. ...

Blutbad, wie es Europa noch nicht gesehen hat.

Es regnet doch bestimmte Anzeichen dafür vor, daß man im Falle einer ungünstigen Entscheidung für Polen einen neuen Putsch inszenieren wird. Einem solchen Aufstand sehen wir aber wesentlich ruhiger entgegen als allen bisherigen polnischen Wuchschöpfen. ...

Wer schoß in Beuthen?

Beuthen, 6. Juli. (III.) Der Besitzer der polnischen „Grenzzeitung“ bezeichnete in einer privaten Äußerung den Vorfall als „sehr gut inszeniert“. Der deutschenfreundliche französische Major ist durch die Angel eines polnischen Insurgenten gefallen. ...

Flaggenszene ohne Bahnpolizei. Die Londoner Blätter bestätigen die Pariser Meldung, wonach am 4. Juli durch unbekanntere Täter, angeblich englische Soldaten, die amerikanische Flagge von dem Dubliner Hotel, in dem der amerikanische Konsul wohnte, heruntergeholt worden ist. ...

Bauwirtschaft oder Wohnungsnot

Von Dr. Ing. Martin Wagner.

Seit Jahren gibt es in Berlin keine Bauperiode, die in einem auch nur einigermaßen entsprechenden Verhältnis zu anderen deutschen Städten steht. Berlin ist mit den erteilten Baugenehmigungen an die letzte Stelle gerückt. ...

Wer trägt die Schuld? Jedenfalls nicht die Gewerkschaften, die seit fast Jahresfrist auf sachgemäße und beschleunigte Bewältigung des Berliner Bau- und Wohnungsproblems dringen, aber auf ihre schriftlichen Vorstellungen nicht einmal eine Antwort erhalten haben und in mündlichen Besprechungen den Eindruck gewinnen mußten, als ob verstaubte und unheilvolle Einflüsse richtige Erkenntnis der Notwendigkeiten verhindern. ...

Die politischen Parteien der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben in seltener Einmütigkeit von der äußersten Linken bis zu den Demokraten einen in gleicher Richtung liegenden Beschluß gefaßt, der eindeutig ausspricht, daß es sich um Bewältigung einer bauwirtschaftlichen Aufgabe handelt und daß der organisatorische Aufbau einer neuen Bauwirtschaft mit einem zu berufenden Generaldirektor für das Wohnungs- und Siedlungswesen unverzüglich begonnen werden muß. ...

Worum geht es heute? — Braucht die Berliner Bevölkerung Wohnung und Arbeit oder ästhetisierende städtebauliche Pläne? Die Antwort ist nicht zweifelhaft. ...

Warum nicht? Weil wir unser ganzes Handeln mit äußerster Energie einzustellen haben auf die Bewältigung bauwirtschaftlicher Aufgaben. Es geht um eine umfassende Bodenpolitik, die zur Verbesserung der Ernährungslage Berlins ihr Teil beitragen kann, es geht um den Kampf gegen den Bodenwucher. ...

Glaubt Ihr Vertreter des Städtebaues von gestern, Ihr Vertreter der schönen, aber weisfremden Gesten, mit Euren Mitteln diese Aufgabe lösen zu können? ...

Städtebau heißt heute Bauwirtschaft, heißt planvollste, durchdachte und wirtschaftlich tief fundierte Gemeinwirtschaft! ...



junkturpolitik ihr gemeinwirtschaftliches Herz plötzlich entdeckt haben. Führer an dieser Front dürfen nur diejenigen sein, für welche es nicht erst gilt, Neuland zu rekonstruieren, sondern bekannte und vertraute Gebiete sofort und mit Erfolg beschreiten zu können. Es steht zu viel auf dem Spiel. Nicht bürokratische und unproduktive Verwaltungsarbeit soll geleistet werden, aber Arbeit an der Volkswirtschaft, an der Volkskraft Berlins.

Wie soll Berlin mit Erfolg den Aufsichtsbehörden entgegengetreten können, wenn es nicht Köpfe an die Spitze des Wohnungswesens stellt, die auf dem Gebiete der Verwaltung und Organisation keine Neulinge sind? Wie soll Berlin bestehen können, wenn es nicht den verlorenen Einfluß auf das Entstehen der Gesetzgebung, auf alle Maßnahmen des Reiches und der Länder wiedergewinnt, wenn es nicht selbst als treibende Kraft den allzu schleppenden Gang der Verwaltungsmaschinerie in schnellste Schwingungen versetzt und seinen ganzen Einfluß als Hauptstadt der deutschen Republik in die Waagschale wirft? Die Berliner Bevölkerung sehnt sich nach Tat, nach Arbeit, nach Wohnungen, nach Stärkung der Volkswirtschaft und — nach Führern!

Die wertvolle Bevölkerung Berlins leidet schwer, schwerer als andere Bevölkerungsteile unter weiterer Verzögerung der wohnungspolitischen Maßnahmen. Sofort muß zum mindesten die Organisation geschaffen und ihre eine Leitung gegeben werden. Es geht nicht an, die Vertreter der organisierten Arbeitnehmerschaft, der Hand- und Kopfarbeiter, nur dann zu Hilfe zu rufen, wenn es gilt zu löschen. Die Einheitsgemeinde Berlin wird nur dann zu einer gedeihlichen Entwicklung kommen, wenn die sachlich unüberleglichen Forderungen und Vorschläge der Arbeitnehmer, die aus dem Zwang zur Tat, aus dem Willen zu produktiver Mitarbeit entstanden sind, auch dann von den verantwortlichen Stellen angenommen werden, wenn sie sich freiwillig und ungerufen anmelden. An Widerständen einzelner Personen darf nicht das Wohl und Wehe der Bevölkerung und der Einheitsgemeinde scheitern. Sie müssen überannt werden.

Die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge Berlins strahlen in ihrer Rückwirkung auf die ganze Republik aus. Daher ist weitere Verzögerung Verbrechen. Endlich muß es heißen: „Führer an die Front!“

## Meinungsfreiheit und Sozialdemokratie.

Die „Tägliche Rundschau“ hat natürlich binnen 24 Stunden die von ihr selbst veröffentlichten Mahnungen des Herrn Dr. v. Campe völlig vergessen und macht sich mit Bonnie die Schimpfereien Paul Müllers gegen die Sozialdemokratie zu eigen, daß es bei uns eine Meinungsfreiheit und Gewissensfreiheit nicht gebe.

Auf diese albernen Vorwürfe wollen wir doch feststellen: Keine Partei ist vor und nach der Revolution mit gleicher Schärfe für Meinungsfreiheit in Deutschland eingetreten, keine hat für die Erringung und Erhaltung dieses Zustandes ähnliche Opfer gebracht wie die Sozialdemokratie. Aber eine Partei selber, mag es die Sozialdemokratie oder die Deutsche Volkspartei sein, hat nur Sinn und Zweck, wenn sie eine Gemeinschaft gleichmündiger Menschen ist, die mindestens in ihrer Grundanschauung übereinstimmen. Wir vermehren Paul Müller nicht, eine andere Grundanschauung zu haben als die sozialdemokratische, wie dies der Fall ist. Aber dann muß er sich eben einer der zahlreichen anderen Parteien anschließen — wir leiden ja keinen Mangel an Parteien in Deutschland —, die seiner Grundanschauung entspricht. Hätte er dies aus freien Stücken getan, so wäre das ehrlich gehandelt gewesen. Unehrllich aber ist es, sich noch immer Sozialdemokrat zu nennen, wenn man längst mit der sozialdemokratischen Weltanschauung gebrochen hat. Solche Unehrllichkeit muß jede Partei aus sich beseitigen. Wir fragen die „Tgl. Rundsch.“, ob denn die Deutsche Volkspartei ein Mitglied in ihren Reihen behalten würde, das in entscheidenden Fragen sich die Anschauung der

Sozialdemokratie zu eigen macht? Und wir fragen allgemein, welche konkreten Ziele denn noch eine Partei verfolgen sollte und könnte, in der etwa Anhänger des alten Systems, der demokratischen Republik und der bolschewistischen Rätediktatur durcheinander sähen? Eine solche Partei müßte an jeder sachlichen Frage zerbrechen. Daher hat die Zusammenfassung einer Partei aus Gleichmündigen mit der allgemeinen Meinungsfreiheit gar nichts zu tun.

## Wir und Georgien.

Zu dem Bericht über die Reden der georgischen sozialdemokratischen Delegation in der Berliner Funktionärskonferenz tragen wir noch nach, daß die Konferenz von einer Aussprache und von der Fassung einer Resolution Abstand nahm. Genosse Krüger stellte unter wiederholtem stürmischen Beifall als die einmütige Auffassung der Konferenz fest:

Die deutsche und die georgische sozialdemokratische Arbeiterschaft sind ein Proletariat; ein Herz schlägt für ein Ideal; georgische Freiheit ist unsere Freiheit; sozialistische Arbeit im demokratischen Georgien stärkt unseren Kampf für unser Endziel. Das wenige, was wir tun können, wollen wir tun, um den Befreiungskampf unserer georgischen Brüder gegen das bolschewistische Joch zu unterstützen. Wir wünschen enge wirtschaftliche Beziehungen auch zu dem Ruhland der Bolschewisten. Die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, auch an dem russischen Wiederaufbau mitzuarbeiten. Wirklich innerliche Beziehungen kann die deutsche Arbeiterschaft aber nur zu einem Lande und Volke pflegen, das auch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht aller anderen Völker achtet. Wir unterstützen daher mit allem Nachdruck die Forderung des georgischen Volkes, daß die bolschewistischen und kemalistischen Truppen sofort zurückgezogen werden und Georgien sein Selbstbestimmungsrecht wieder erhält. Wir fordern die sozialdemokratischen Vertreter in den deutschen Parlamenten auf, diese Forderung bei geeigneter Gelegenheit vor aller Welt zu vertreten. Wir müssen den Bolschewisten die Ueberzeugung beibringen, daß sie nicht nur die Hilfe der internationalen Kapitalisten, sondern viel mehr noch die Hilfe des internationalen Proletariats brauchen und daß diese Hilfe von der nach Freiheit strebenden deutschen Arbeiterschaft nur gewährt werden kann einem die Freiheit anderer achtenden Volke. (Stürmischer Beifall)

## Deutschnationales Judengeld.

Die Mitteilung des Genossen Müller-Franken im Reichstags, daß die Deutschnationale Volkspartei durchaus bereit gewesen sei, sich von Juden Geld zahlen zu lassen und der gleichzeitig veröffentlichte Brief des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei an den Konsul Marx in Berlin sind den Deutschnationalen stark auf die Nerven gefallen.

Um die deutschvölkischen Heißspone zu beruhigen, weist die „Deutschnationale Korrespondenz“ mit Nachdruck darauf hin, daß solche Briefe heute nicht mehr geschrieben werden könnten, dank der zunehmenden Entwicklung der Partei in deutschvölkischer Richtung.

Dem Druck der deutschvölkischen folgend, soll also fortan der Stimmen- und Selbsthang bei den Juden durch die Deutschnationale Volkspartei endgültig aufhören. Man hat zwar vor der Nationalversammlung sich gern die großen Wahlschüsse des Herrn von Weinberg und der Frau von Koffschid gefallen lassen, trotzdem es ja gemeines „jüdisches“ Geld war, hat in Oberösterreich sogar den Generaldirektor Friedländer als leidenschaftigen deutschnationalen Kandidaten noch bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Opatowitz aufgestellt, jetzt aber verspricht man, ganz Fleisch vom Fleische der Kunge, Wulle und Graef zu sein und keine Bettelbriefe mehr an Juden zu schreiben.

Von den Deutschvölkischen in Reintulur wurde die Deutschnationale Volkspartei längst vor der Rede Müllers als Judenpartei verdächtigt. Man erinnerte sich noch des Kampfes gegen Clemens von Döbrich, den Schwiegervater des Juden Manu Stern, des Sturmlaufes gegen Fräulein von Gierke, die Tochter einer Jüdin, ja sogar gegen Margarethe Behm, die das Verbrechen begangen hat, sechs Jahre mit einer Jüdin zusammen zu wohnen. Und es heißt in

einem Flugblatt des antisemitischen Ausschusses für Volksaufklärung: „Die Parteien sind alle mehr oder weniger von den Juden abhängig. Hoffe keiner etwa auf die Deutschnationale Volkspartei! Sie arbeitet erwiesenermaßen seit ihrer Gründung mit jüdischem Gelde.“

Werden nun die Klagen in den eigenen Reihen verstummen? Man kann berechtigte Zweifel hegen, wenn man sich das „Stuttgarter Tageblatt“ vom 25. Mai 1921 ansieht, in dem es wörtlich heißt:

„Judenreine Zeitungen gibt es in Deutschland nur ganz wenige. Die Juden verstehen es nämlich, sobald eine Zeitung gegen ihre Rasse schreibt, dieser sofort den Mund zu stopfen mit Inzeraten. Nimmt sie die Aufträge an, dann ist es sofort mit ihrer Selbständigkeit vorbei und Juda triumphiert. Auch die „Deutsche Zeitung“ in Berlin, die ehemals judenrein war, beginnt jetzt zu verjuden, denn sie bringt die Inzerate jüdischer Hotels. Als ein Leser aus Stuttgart ihr schrieb, daß sie doch die Aufnahme solcher loscheren Anzeigen ablehnen möge, weil sich die Leser daran stoßen, antwortete sie ganz kurz, es brauche ja niemand in das jüdische Hotel zu gehen. Also um des Profites willen bricht die „Deutsche Zeitung“ ihre Prinzipien und hilft Juda zur Herrschaft. Und das nennt sie „Kampf gegen die Juden“. Wir nennen es anders! Und jener Mann hat Recht, der uns vor einigen Wochen sagte, daß die „Deutsche Zeitung“ langsam aber sicher hinabgleitet ins Judentum.“

Man hat dem bösen Juden Marx anlässlich der Veröffentlichung des Briefes an ihm vorgeworfen, daß in insamer Weise ein künstlicher Gehängengang zwischen Judentum und Deutschnationaler Volkspartei konstruiert worden sei. Jetzt melden sich aber diejenigen, die es doch genau wissen müßten, mit dem Vorwurf, daß selbst ein offizielles Organ der Partei langsam aber sicher „ins Judentum hinabgleitet“. Die Herren sitzen an der Quelle und wissen genau, daß es neben dem Rassen- und Gassenantisemitismus — einen Rassenantisemitismus gibt, der letzten Endes auch die Triebfeder zu dem Schreiben des Herrn Hergt an den Konsul Marx gewesen ist.

## Die ärztlichen Ehrengerichte.

Die Landtagsfraktionen der SPD. und USV. haben einen gemeinschaftlichen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, das Gesetz betr. die ärztlichen Ehrengerichte aufzuheben.

Im Ausschuss für Beamtenangelegenheiten des Preussischen Landtags lag am Mittwoch eine Erklärung der Staatsregierung vor, wonach sie entgegen ihrem früheren ablehnenden Verhalten sich bereit erklärte, die Ausführungsbestimmungen zum Beamtendienstentlohnungsgesetz und zum Volksschullehrerdienstentlohnungsgesetz dem Landtage zur Nachprüfung vorzulegen. Ihre Vorlegung ist für die nächsten Tage zu erwarten. Der Finanzminister erklärte, diese Bestimmungen sofort und ohne Rücksicht auf die Beschlüsse des Landtages veröffentlichen und durchführen zu wollen.

Der Hauptausschuss des Landtages erledigte am Mittwoch zunächst die Haushalte des „Staatsanzeigers“, des Gesetzsammlungsamtes und der Projektionsmanufaktur. Der Haushalt des Gesetzsammlungsamtes hat sich infolge der teuren Druckkosten ganz wesentlich erhöht. Es soll geprüft werden, ob der Umfang der Sammlung durch Ausschneidung gewisser Gegenstände beschränkt werden kann. Der Entwurf, der für die Erweiterung des Fischereihafens zu Gesehmünde weitere 168 Millionen anfordert, wurde angenommen.

Der Fall Burg. In seiner Entscheidung über den Fall Burg, welche die vom Genossen Haenisch getroffenen Maßnahmen rückgängig machte, hat der Kultusminister Beder behauptet, daß von beiden Seiten „unerfreuliche Kampfsmittel“ angewendet worden seien und daß beide Richtungen „gefehlt“ hätten. Genosse Dr. Kawerau hat daraufhin an den Minister Beder die Anfrage gerichtet, bei welcher Gelegenheit er, der Fragesteller, unerfreuliche Kampfsmittel angewendet oder gefehlt hätte. — Nachdem Herr Beder in der Deffentlichkeit derartige Behauptungen aufgestellt hat, daß beide Seiten gefehlt hätten, wird er sich wohl zu dieser Anfrage äußern müssen.

Ernst von Jagow, nicht, wie irrtümlich berichtet, Traugott von Jagow, ist der Vorsitzende der deutschnationalen Ortsgruppe in Pustod, der dieser Tage aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegte.

## Die Einnahmequelle.

Reich, Staat, Kommunen — alle wollen sie jetzt „wirtschaftlich“ arbeiten. Ihre Eigenbetriebe sollen „was abwerfen“. Und der „gegebene Weg“ ist die Reklame.

Das heißt: nicht eine Reklame, die man für sich selber macht. Sondern eine Reklame, die man andere für ihre Erzeugnisse und Unternehmungen machen läßt — auf, an und mit den Einrichtungen der Reichs-, Staats- und Stadtbetriebe.

Ansätze dazu gab es ja auch schon vor dem Kriege. Die Wagen der Berliner Stadtbahn und der Straßenbahn waren im Inneren schon bunt geschmückt mit Parabeiten, Booncamp-Plakaten und Wandstrebungen — gemalten, versteht sich, auf lehrreichen Plakaten. Auch auf der Rückseite der Straßenbahnfahrtscheine — das Stück 10 (zehn) Pfennige — konnte man gelegentlich schon lesen, daß Müllers Glanz-Wäsche die beste sei. Und die Wäscheblätter auf den Schreibpulten der Post waren jährlich eingerahmt von freundlichen Einladungen, sich in Meyers Weinstuben zu erfrischen und den Bedarf an Abfahrmitteln bei Apotheker Behmann zu decken.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß festgestellt werden, daß hier inzwischen die Reklame sogar „abgebaut“ worden ist; denn heute gibt es im allgemeinen keine Wäscheblätter auf den Schreibpulten der Postämter mehr (und Federhalter nur gegen „eine Mark Pfand“). Im übrigen aber hieß die Parole: „Aufbau!“ Die Straßenbahnwagen sind jetzt nicht mehr nur innen, sondern auch außen mit Plakaten tapeziert, und von den Stadtbahnwagen sind die bunten Bilder — unter entsprechender Vergrößerung — längst in die Abteile der D-Züge geklettert, wo Du nicht mehr geradeaus sehen kannst, ohne irgend welcher Zigaretten teilhaftig zu werden (selbst wenn Du Dich in „Nichttraucher“ zurückziehst). Wenn Du jetzt einen Brief erhältst, ersiehst Du aus dem Stempel nicht mehr bloß, wann er ausgegeben wurde (staunend über die Fügigkeit, mit der heute so ein Brief expediert wird), sondern erfährst auch, wo gerade irgendwo eine Messe ist. Willst Du wissen, wer Juchens am besten bezahlt, so brauchst Du nur die Klappe eines Briefkastens zu befragen. In Frankfurt am Main sehen die Paketwagen aus wie wandelnde Eiffeltürme. (In Berlin werden wir heftiglich auch bald den Anblick haben.) Ein Telegramm, das mir kürzlich die Ankunft einer lieben Freundin meldete, empfahl zugleich beiseiten auf seiner Rückseite ein Geschäft für Babynähten. (Werden die Formulare im Hinblick auf den Inhalt des Telegramms ausgewählt?)

Die Kommunen wollen in dem Wettlauf um die Gunst des Publikums (für ihre geldgierenden Inzeraten) durchaus nicht zurückstehen. Wo früher ein gewöhnlicher Pfahl stand, um durch ein Schildlein die Haltestelle einer Straßenbahnlinie anzukündigen, baut sich heute (besonders, wo recht lebhafter Verkehr und möglichst wenig Platz zum Ausweichen ist) eine kleine, künstlerisch veränderte Po-

gode auf, mit Plakatförmchen übersät. Die Kahlheit städtischer Mauern und Zäune wird freundlich mit Plakatlindern überzogen. Die Rubenbänke der Parkanlagen werden jetzt zu allerlei gemeinnützigen Hinweisen benutz. Und die Brotmarken tragen als Kennwort die Firmennamen „erster“ Geschäfte.

Es wird gewiß schon allerlei geleistet. Aber bei Dichte befehen sind doch immer noch zahlreiche Möglichkeiten unbenutzt. Findigen Köpfen bietet sich noch ein reiches Feld zur Betätigung. Die Eisenbahnwagen sind außen noch immer unbemalt; und wie schön würden sich nicht allzu kleine Fähnchen an den Leuchtstangen der Elektrischen machen, die unsere Aufmerksamkeit auf den Optiker Bluhne lenken. Es würde nur den Wert unseres Geldes heben, wenn die respektvollen Kassenscheine bloß auf einer Seite den Reichsgeldstempel reserviert blieben, auf der anderen aber den Reklamezeichnern der führenden Warenhäuser. Die Briefmarken würden weit lebhaftere Beachtung finden, wenn an Stelle der Germania die verschiedenen weiblichen Filmstars dort porträtiert würden. Wozu bleibt es den politischen Parteien überlassen, an den Vorabend der Wahltag die Trottoirs mit Buchstabenornamenten zu schmücken? Warum nehmen die Städte das nicht selbst systematisch in die Hand? Längst haben wir uns daran gewöhnt, daß die Zeitungsoverläufer und -verläuferinnen Brust und Rücken mit tierischen Schildchen schmücken. Warum hängt man nicht auch den Herrschaften der Stpo und Schupo solche Zierde um, aus der dann schon von weitem zu sehen wäre, daß der Sicherheitsapparat Pipisgar der beste Schuh gegen Einbrecher ist und daß man sich bei allen schwierigeren Fällen nur an die Detektei Trager, Kriminalwachmeister a. D., zu wenden brauche?

Ich siehe gerne mit nach weiteren Vorschlägen zur Verfügung. Die p. t. Behörden werden im Bedarfsfalle ersucht, sich nur vertrauensvoll an mich zu wenden.

Die Adresse vermittelt die Redaktion. Repomul.

„Theater des Eros.“ Ich möchte nicht gern theatrale Tips verraten, und doch darf ich als gewissenhafter Berichterstatter nicht verschweigen, daß ich gestern in einem überfüllten Theater saß, und zwar im Stadttheater Moabit, wo eine Erstaufführung des homerischen Schauspiel „Sein Junge“ von Walter Hans Wedell stattfand. Das Stück selbst ist leicht erklärt. „Sein Junge“ ist nichts weiter als ein munier, in seiner Verbegier liebenswert gezeichnete Gymnasiast, der in der Nacht dem Onkel davonläuft, um bei dem geliebten Freund zu sein und dann von dem Onkel bei diesem Freund überführt wird. Das Ding in seiner Tragödie ist „kurz wie Frauenliebe“. Der Träger der Hauptrolle, die der Verfasser selber spielte, ist eine Art Hamlet des 17. J.

Ich ging mit lächelndem Gesicht in die Vorstellung hinein und ich bin mit einem ernsthaften Gesicht wieder herausgekommen. Denn ich hatte einen jungen, ernsthaften Dichter kennengelernt und eine mir ganz fremde Welt. Ich hörte Worte, die unter Tränen gedichtet sind, und ich sah dort echten dichterischen Mut, der zur Heiligkeit und Stille auffordert, weil er echte Tragödien schreibt, mit dem Herzblut

des eigenen Empfindens. Die Seele dieses Mannes wollte Weib werden, wollte vielleicht sogar alles verstehende, alles verzehrende, alles tröstende streichelnde Mutter werden, und hat dann, im Irrtum der menschlichen Schöpfungsgeschichte, zwei Anfänge bekommen. Der literarische Versuch einer Kunstbehandlung dieses heißen Themas ist als geistige Revolution zu buchen. Es dürfte nur von Nutzen sein, der Staatsanwaltschaft, der Polizei und auch dem unwissenden Publikum diesen Einblick in die Psyche der Eigenen zu vermitteln. — Gespielt wurde im allgemeinen mit mehr gutem Willen als gutem Können. Über das Stück wirkte an sich. F. J.

Reichsregierung und Film. Ein Interview mit Ministerialrat von Jacobi, dem Referenten für Filmfragen im Reichsministerium des Innern, veröffentlicht die „Lichtbild-Bühne“. Demzufolge wird im Reichsministerium des Innern grundsätzlich der Standpunkt vertreten, daß die Polizeibehörden zum Verbot einzelner Filme nicht berechtigt sind. Die Filmprüfstellen stellen sich als eine Art Volksgericht, nicht als Polizeigenur dar.

Ferner teilt das gleiche Hochblatt mit, daß der Ausbau der Reichsfilmstelle beim Reichsministerium des Innern zu einer zentralen Filmbehörde, die alle irgendwie in das Gebiet des Films und Kinos fallenden Probleme bearbeitet, in Frage kommt. Im Nachtragsetat ist der Posten eines Oberregierungsrats und eines Regierungsrats für diese Stelle vorgesehen.

„Die Konkurrenz ist befehligt.“ Auf dem 2. Kongress der britischen Universitäten, der am Dienstag in Oxford eröffnet wurde, hielt Lord Curzon als Kanzler der Universität Oxford eine Rede, in der er sagte, der Krieg, der das Gespenst des deutschen Militarismus verschauert habe, habe auch, mindestens für den Augenblick, die Konkurrenz der deutschen Universitäten beseitigt. Eine bessere Gelegenheit biete sich nicht für England, den leeren Platz einzunehmen. Die Aufgabe sei dringend, und man müsse sich ihr unermüdet widmen.

Jeder Kommentar zu dieser Rede des edlen Lords würde ihre Wirkung abschwächen.

Opern mit „dadaistischem“ Libretto. In London hat Arthur Bliss den Versuch gemacht, einigen Opernarien Texte unterzulegen, die nur aus Vokalen, Konsonanten und besonders schön oder charakteristisch klingenden Worten bestehen. Er geht von der Tatsache aus, daß die Gesangstexte ihrem Sinne nach in der Regel doch nicht verstanden werden und wählt daher Worte und Wortbestandteile, die allein dem Zweck dienen, der Musik ein besseres Relief zu geben. Der Tenorist Stuart Wilson trug solche Arien mit Begleitung des Klaviers, eines Iglophons und einiger Saiteninstrumente vor.

Die allrussische Konferenz der Arbeiterunionsleiter, die in Moskau abgehalten wird, hat eine Resolution angenommen, in der der 3. Kongress der Kommunistischen Internationale begrüßt wird. Folgend, der Gehilfe des Volkskommissars für Volksaufklärung, betonte die Wichtigkeit der Arbeiterunionsleiter, die dem Lande einen Generalschub von Fachleuten und Technikern liefern, die aus jungen Arbeitern herangebildet sind.



## Deutschlands Lieferungen.

Paris, 6. Juli. (W.B.) Den vereinigten Senatsausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen berichtete Minister Pouchet, daß die in Wiesbaden begonnenen und in Paris fortgeführten Verhandlungen noch nicht in jeder Weise zum Abschluß gelangt sind. Es könne nicht die Rede davon sein, daß die Lieferungen bis zu fünf Achteilen der Summen, die Deutschland schulde, betragen würden.

Auf die Fragen mehrerer Senatoren, ob sich die Geschädigten bei Bezahlung der Einkäufe der deutschen Schuldverschreibungen bedienen könnten, entgegnete Pouchet, daß alles darauf hinausgehe, Deutschland produktionsfähiger zu machen, und daß diese Einkäufe daher direkt bezahlt werden sollten. — „Paris Journal“ sagt, Pouchet habe ausdrücklich erklärt, daß die Regierung die Errichtung einer Privatbank in Aussicht nehme, die lange Zahlungsausschübe ermöglichen würde.

Wie Havas ergänzend meldet, habe Pouchet auseinandergesetzt, sein System bestehe im wesentlichen darin, sich so eng wie möglich an die Bestimmungen von Versailles zu halten unter Zustimmung und Wahrung der Interessen der Alliierten, aber von Deutschland Reparation in natura zu verlangen, die es vollkommen bereit sei, zu liefern und an deren Lieferung es direkt interessiert sei. Es scheine, daß Minister Rathenau sich vollkommene Rechenschaft von dieser internationalen Notwendigkeit und von diesen deutschen Interessen ablege, die die Regierung von Berlin dazu bringen müsse, für beide Teile vorteilhafte Angebote zu machen. Minister Pouchet lasse die Schaffung zweier Organisationen, einer deutschen und einer französischen, ins Auge, um jede Lieferung in natura zu reglementieren, die auf keinen Fall ausschließlich gemacht werden könnte, ohne einen Jahreszuschuß an ausländischen Devisen und an Goldmark.

Paris, 7. Juli. (W.B.) Die Reparationskommission hat ihre Finanzabteilung ermächtigt, Deutschland die Goldausfuhr von Summen unter 10 000 M. zu gestatten (natürlich, damit wir es im Valuta-Kaufstand zugunsten der Reparation verkaufen).

Paris, 7. Juli. (W.B.) Die amerikanischen Studenten und Ingenieure, die am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitarbeiten wollen, sind hier angekommen.

## Entente und Türkei.

Paris, 7. Juli. (W.B.) Den Senatsausschüssen erklärte Briand, daß er eine rasche Regelung des Friedens mit der Türkei herbeizuführen hoffe; die französische Verwaltung in Bizizien solle umgestaltet werden. Die Zahl der Besatzungstruppen müsse auf ein Minimum gebracht werden, womit sich auch die Kosten verringern würden.

London, 7. Juli. (W.B.) Im Unterhaus teilte die Regierung mit, daß der Oberbefehlshaber in Konstantinopel am 29. Juni 25 unerwünschte Personen verhaften ließ, von denen 18 zur russischen Handelsdelegation gehörten. Neun von diesen Leuten seien an demselben Tage wieder freigelassen, die übrigen neun ausgewiesen worden. Ueber das Ergebnis der Durchsicherung ihrer Bureaus seien Einzelheiten noch nicht bekannt. Die Maßnahmen seien durch die Entdeckung einer Verschwörung veranlaßt worden, die zum Ziele hatte, eine Revolution in Konstantinopel herbeizuführen, deren Anfang die Ermordung des britischen Botschafters bilden sollte. Nach dem bisher vorliegenden Beweismaterial sei die Wahrscheinlichkeit vermutlich gerechtfertigt. Eine Note Krassins erlucht um Aufklärung. Die britische Regierung beratschlagte gegenwärtig über die Antwort.

## Sozialpolitik im Reichstag.

Der Reichstag war heute vormittag bei Sitzungsbeginn fast leer. Die Frist zur Anmeldung von Forderungen im Ausgleichsverfahren wird bis zum 30. September 1921 verlängert. — Der Gesetzentwurf, nach dem Privatnotenbanken über ihr Gold nur mit Genehmigung der Reichsregierung verfügen können, wird angenommen, ebenso das deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimführung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Es folgt der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Bekanntmachung über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschifffahrt.

Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen, gegen die dritte erhebt Abg. Ruhnke (U. Soz.) Widerspruch, so daß sie erst im Herbst stattfinden kann.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Leistungen und Beiträge in der

### Invalidentversicherung.

Abg. Karsten (U. Soz.) beantragt Erhöhung der Leistungen. Ministerialdirektor Siefarth bittet um Ablehnung, da sonst das ganze Gesetz gefährdet werde. — Die Anträge werden abgelehnt.

Abg. Karsten (U. Soz.): Wir nageln fest, daß Sozialdemokratie und Zentrum, die Partei der christlichen Nächstenliebe, nur die Interessen der Kapitalisten vertreten.

### Abg. Hoch (Soz.):

Damit erreicht man nichts, daß man den Versicherungsträgern neue Lasten auferlegt. Wir müssen auch die Mittel für die höheren Leistungen schaffen. Die versicherten Arbeiter können keine neuen Lasten mehr übernehmen. Die Unabhängigen wissen ganz genau, daß wir in diesem Hause in der Minderheit sind. Das Verhalten der Unabhängigen ist demagogisch und wird nur von agitatorischen Rücksichten geleitet. In der Kommission haben Sie (zu den U. Soz.) Hand in Hand mit uns gearbeitet, um nicht das ganze Gesetz scheitern zu lassen, und jetzt kommen Sie aus falschen Gründen und, um uns den Rang abzulaufen, mit Ihren neuen Anträgen. (Zuruf b. d. Soz.: Das ist der Weg zur Einigung der Arbeiterklasse.) — Heiterkeit bei den Bürgern.

Nach weiteren Angriffen von U.S.B. und A.B.D.-Rednern auf die SPD-Fraktion wird der Gesetzentwurf in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr.

### Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Abg. Frau Agnes (U. Soz.) verlangt, daß durch mindestens 26 Wochen das Stützgeld, und zwar wenigstens 4 M. gezahlt werden, wenn auch finanzielle Bedenken uns entgegengehalten werden und daß das Gesetz bis spätestens 1. Oktober d. J. in Kraft tritt.

### Abg. Frau Schröder (Soz.):

Es ist traurig, daß wieder einmal die Rechte ihren Vorteil ziehen kann aus dem Bruderkampf der Arbeiterparteien. Im Ausschuss hat der unabhängige Vertreter erklärt, daß er keine weitergehenden Anträge stellen wolle, um das Inkrafttreten des Gesetzes nicht zu verzögern. (Hört, hört!) Frau Agnes hat an den Ausschussberatungen überhaupt nicht teilgenommen (Hört, hört!), ihre Anträge sind an falscher Stelle gestellt worden. Sie würden eine Verminderung der Leistungen an die Wöchnerinnen, Kranken um mehr als die Hälfte zur Folge haben. (Beifall bei Hört, hört!) Es ist unerhört, daß die Unabhängigen uns in agitatorischer Weise bösen Willen vorwerfen; wir waren es, die die Regelung dieser Materie überhaupt veranlaßt haben.

Abg. Frau Wurm (U. Soz.) stellt fest, daß der Reichswirtschafts-

rat in seinen Beschlüssen über die Forderungen des Ausschusses ebenfalls hinausgegangen sei.

Nach weiterer Debatte wird die Abstimmung ausgesetzt, da die Anträge noch nicht gedruckt vorliegen.

Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung der Abgg. Höllein (Komm.) und Körner (Dnat.) werden abgelehnt.

## Groß-Berlin

„Graf Kleist“.

Der Räuber von Lichtenberg.

Der verwegene Raubüberfall auf den Eisenbahndienst Otto Friedrich und seinen Begleiter, den Eisenbahnbetriebsassistenten Pittmann am Bahnhof Neu-Lichtenberg, hat jetzt durch Kriminalkommissar Treftin und seine Beamten restlos aufgeklärt werden können. Es gelang vorgestern zunächst, den 32 Jahre alten Arbeiter Willy Opiß, einen der berüchtigsten und gewalttätigsten Verbrecher Berlins, festzunehmen. Opiß feignete als alter Verbrecher natürlich jede Beteiligung an dem Raube, ebenso der Chauffeur Storringer, der am nächsten Morgen gleichfalls unter dem dringenden Verdacht, an dem Raubzug beteiligt gewesen zu sein, eingesperrt wurde. Trotzdem gelang es, die Verhafteten zu überführen und heute in aller Frühe auch die übrigen Beteiligten und den Urheber des Planes hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Der Plan war von dem Eisenbahnarbeiter Kalmonowitsch aus der Großen Frankfurter Straße ausgegangen. Durch verschiedene Mittelsmänner kam man endlich an Opiß, in Verbrecherkreisen bekannt unter dem Namen „Graf Kleist“. Dieser wieder setzte sich, nachdem er das Terrain sondiert hatte, mit dem Chauffeur Storringer in Verbindung, mit dem er den Raubüberfall eingehend besprach. Am Abend vorher machte er mit Storringer eine ausgedehnte Bierreise und später traf er mit den anderen Komplizen zusammen. Die Gesellschaft fuhr zum Bahnhof Neu-Lichtenberg, wo Opiß den Überfall ausführte. Er war es, der den beiden den Pfeffer in die Augen streute und die Taschen mit dem Gelde, 120 000 M., abnahm. Mit dem Raube sprang er dann in das Auto und fuhr davon, seine Spießgesellen zurücklassend. Er ließ sich bei diesen auch nicht wieder sehen, und es wird vermutet, daß er den Raub mit Storringer geteilt hat.

## Umkehrbahnhof Warschauer Straße.

Abhilfe auf Bahnhof Stralau-Rummelsburg?

Die Verkehrsstände auf dem Stadt-, Ring- und Vorortbahnhof Stralau-Rummelsburg sind seit dem vor mehreren Jahren erfolgten Wegfall des Nordringes und des Südringes so geworden, daß Abhilfe längst dringend nötig war. Wer dort täglich das „Verhängnis“ hat, zwischen den Volbringzügen und den Stadt- und Vorortzügen über Bahnsteig F umzusteigen, der kann in den Stunden des stärksten Verkehrs „etwas erleben“. Es ist ein Wunder, daß bei dem geradezu furchterlichen Gedränge, das dann auf diesem Bahnsteig und seinen Treppen manchmal herrscht, nicht schon schwere Unglücksfälle vorgekommen sind. Jetzt wird uns aus der Eisenbahndirektion mitgeteilt, daß nunmehr etwas geschehen soll, um diesen lebensgefährlichen Zuständen ein Ende zu machen.

Beabsichtigt wird die Treppenanlagen zu verbessern und zu erweitern, so daß die Menschenmassen leichter zu- und abströmen können. Noch wichtiger aber ist eine andere Maßnahme, die von einschneidender Bedeutung für den Ringverkehr sein wird. Künftig sollen die Ringzüge nicht mehr „famisch“ als „Volbring“ fahren, sondern die meisten sollen von Norden und von Süden über Stralau-Rummelsburg bis Warschauer Straße durchgeführt werden, wo sie dann umkehren und über Stralau-Rummelsburg nach Süden bzw. Norden weiterfahren. Die bekannte Niveaufreuzung weilsch vom Bahnhof Stralau-Rummelsburg soll, wie in der Eisenbahndirektion versichert wird, unbedingt sein. Der Umsteigeverkehr zwischen den Ringzügen und den Stadt- und Vorortzügen wird sich dann nicht nur auf Stralau-Rummelsburg, sondern zum großen Teil auf Warschauer Straße vollziehen können. Hierzu ist allerdings erforderlich, daß dieser Bahnhof durchgereinigt und umgebaut wird. Für seinen Anschluß an die Vorortzüge der Schlesischen Bahn waren die Mittel schon vor einem Jahrzehnt bewilligt, aber dann kam der Krieg dazwischen, und seit Kriegesende sind die wieder aufgenommenen Arbeiten wenig fortgeschritten. In der Eisenbahndirektion wurde uns mitgeteilt, daß die Arbeiten jetzt in vollem Gange seien. Das soll wohl heißen, daß die in den Bureaus nötigen Arbeiten wieder mal in Gang gekommen sind; an der Baustelle aber ist seit mindestens einem Jahre kaum etwas anderes als ein für den zukünftigen Bahnsteig aufgeschütteter Erdhaufen zu bemerken gewesen. Versichert wird, daß die gesamten Umbauarbeiten am Bahnhof Warschauer Straße im Sommer nächsten Jahres fertig werden sollen. Von da ab würde dann der oben geschilderte Umsteigeverkehr auf diesem Bahnhof einsehen können.

## Das Lazarett Schloß Charlottenburg

geht nunmehr seiner völligen Auflösung entgegen. Die Aufforderung des Reichsarbeitsministeriums an die Insassen, sich in die Verlegung gutwillig zu fügen, widerspricht sich aller anderen Ansprüche verlustig geben würden, hatte zur Folge, daß bis Dienstag nach und nach 75 Kriegsbeschädigte in ihre Verlegung eingewilligt hatten. Der Rest der Kranken beschloß in einer am gestrigen Mittwoch abgehaltenen Vollversammlung, an der auch Vertreter der Organisationskommission sowie der Chefarzt des Lazarets teilnahmen, sich der Ueberführung in andere Versorgungskrankenhäuser nicht länger zu widersetzen. Eine erbetene 24stündige Räumungsfrist wurde gewährt. Diejenigen Kranken, die noch der orthopädischen Behandlung bedürfen, etwa sechzig an der Zahl, werden in dem dem Schloß Charlottenburg benachbarten Lazarett Thüringer Allee untergebracht werden, von wo aus sie die orthopädischen Einrichtungen im Charlottenburger Schloß weiter benutzen können. Die übrigen Kriegsbeschädigten werden auf die Lazarette Tempelhofer, Luther-Heim und Nordber-Krankenhaus verteilt werden.

Wenn einige bürgerliche Zeitungen von dem dem Schloß Charlottenburg benachbarten Lazarett Thüringer Allee sprechen, so ist der Ausdruck ungefähr derselbe, als wenn man sagen wollte: die dem Reichstag gegenüber benachbarte Berliner Polizeidirektion. Die Entfernungen dürften ungefähr dieselben sein, da die Thüringer Allee hinter dem Reichstanzplatz liegt, und Kriegsbeschädigte, die am Behen behindert sind, werden diese „Nachbarschaft“ keineswegs als angenehmen Spaziergang empfinden.

## Deutschnationale gegen die Volksbühne.

Am der sozialistischen Mehrheit bei der Stadtverwaltung etwas anhängen zu können, scheuen die Deutschnationalen vor keiner Entstellung zurück. Ein charakteristisches Beispiel dafür gibt ein Flugblatt, das die Deutschnationalen kürzlich im 19. Stadtbezirk verbreitet haben. In diesem Flugblatt wird der Stadtgemeinde Berlin ihre Schuldverpflichtung vorgeworfen und dafür ihr Streben nach Kommunalisierung vorwerflich gemacht. Dabei heißt es:

„Man hat begonnen mit dem Theater, denn ein großer Teil der Verwaltungskosten der „Volksbühne“ ist auf den Steuerfächer der Einwohner abgewälzt.“

Es wäre an sich gewiß nichts Schlimmes, wenn die Stadt Berlin sich bereit gefunden hätte, einem kulturell und sozial so wichtigen Unternehmen wie der Volksbühne mit ihren 160 000 Mitgliedern aus allen Kreisen der wertvollsten Bevölkerung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Volksbühne die Vorstellungen ihren Mitglidern zu einem möglichst geringen Preise überlassen kann. Tatsächlich ist aber in der Behauptung des Deutschnationalen Flugblattes nicht ein wahres Wort. Die Stadt Berlin hat zu den Verwaltungskosten der Volksbühne noch nie einen Pfennig

zugehört und wird das auch in Zukunft nicht tun. Alles, was die Stadt Berlin bisher im Interesse der Volksbühne unternommen hat, war, daß sie vor dem Kriege beim Bau des Theaters am Bülowplatz ein hypothekarisch sichergestelltes Darlehen von 1 1/2 Millionen Mark gab, das seither regelmäßig von der Volksbühne mit 4% Proz. verzinst wurde, und daß ferner die Stadtverwaltung nunmehr beschlossen hat, für ein anderes Darlehen der Volksbühne, das diese zum Umbau der ehemaligen Kroll-Oper benötigt, eine Bürgschaft zu übernehmen. Wohl verstanden, die Stadt gibt in diesem Fall selbst keinen Pfennig als Darlehen; sondern die Volksbühne erhält das Geld gegen hypothekarische Sicherstellung von einer großen Privatbank. Für seine Rückzahlung haftet in erster Linie die Volksbühne selbst mit ihrem Besitz, dem Theater am Bülowplatz. Die Bürgschaft der Stadt bedeutet für die Bank nur eine Verstärkung der Sicherheit, die kaum je in Anspruch genommen werden wird.

Wenn die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sich zur Uebernahme der Bürgschaft bereitfinden, so war das ein Minimum von Entgegenkommen an die Volksbühne, die bekanntlich als gemeinnütziges Unternehmen ohne alle Gemeinnützigkeiten arbeitet und durch ihre Veranstaltung billiger Theateraufführungen zu einem Einheitspreis für alle Besucher eine Aufgabe erfüllt, die man sehr wohl als Aufgabe der Stadt selbst bezeichnen könnte. Der deutschnationale Schwindel richtet sich selbst.

## Uebungsschießen mit schweren Geschützen.

Aus westlichen Berliner Vororten wird uns mitgeteilt, daß seit mehreren Tagen durch Luftübertragung die Detonationen schwerer Geschosse zu hören sind, die also vermutlich von Uebungen in Döberitz herrühren. Da bekanntlich mit derartigen Uebungsschießen ein Hebelgeld verpuffert wird und zudem ein äußerer Feind Berlin nicht bedroht, so versteht man das wilde Geballer nicht. Eine besondere Bedeutung könnte das Schießen wohl gewinnen, wenn man sich daran erinnert, daß auch in den Februar- und Märzwochen vor dem Kapp-Putsch dasselbe anhaltende Uebungsschießen mit schweren Geschützen beobachtet worden ist.

Anfänger Neubau. In Lichtenfelde stürzte in dem Neubau Schmidtstr. 7 eine Zimmerdecke ein. Der Trümmerhaufen begrub den auf dem Bau beschäftigten Maurer Barisch. Nachdem man ihn befreit hatte, wurde er mit schweren Verletzungen nach dem Kreis-trankenhaus Lichtenfelde geschickt.

Der Andrang zu den Ferienonderzügen ist bisher ungleich gewesen. Für diejenigen Züge, die in den Tagen um Beginn der Schulfreien abgehen, sind die Fahrkarten meist ausverkauft. Dagegen kann man für die Züge um Mitte Juli und besonders für die Züge um Mitte August noch Fahrkarten haben. Von Berlin aus werden gefahren 35 Sonderzüge in den Tagen vom 8. bis 17. Juli, 15 Sonderzüge in den Tagen vom 12. bis 15. August. Zur glatten Abfertigung der Ferienonderzüge werden alle Vorkehrungen getroffen. Die Züge werden möglichst zeitig in den Abfahrthallen aufgestellt, doch ist kein Platzstampfen nötig. Es werden nur soviel Karten verkauft, wie Plätze vorhanden sind, so daß jeder mitkommt. Familien oder sonstige Personengruppen können ganze Abteile vorausbestellen. Bahnsteigkarten werden nicht ausgegeben. Nur Begleiter von Kindern oder schwachen Personen werden zugelassen, und zwar ohne Bahnsteigkarte.

Eilt herbei, ihr Völkerverwand! Am vergangenen Sonntag haben 625 dänische Reisende auf der Fähre Seider-Warnemünde die Fahrt nach Deutschland angetreten. Das ist die größte Zahl seit Kriegsbeginn. Der Grund liegt in der deutschen Valuta, die den Ferienaufenthalt der Dänen in Deutschland so billig macht. Da die Züge nach Deutschland meist überfüllt sind, regen die „Politiken“ bereits an, die alte Verbindung mit Berlin wieder herzustellen, d. h. die Fähre zu einmal täglich fahren zu lassen. Aus den nördlichen Ländern strömt alles in die deutschen Ostseehäfen.

Berliner Studienwochen veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht vom 11. bis 3. Juli dieses Jahres. Es werden Vorträge gehalten über Philosophie, Erziehungslehre, Staatsbürgerkunde, deutsches Schrifttum, deutsche Kunst und Naturwissenschaften, 36 namhafte Dozenten sind gewonnen worden; wir nennen u. a. nur Geheimrat Troelsch, Geheimrat Korff, Geheimrat Koethe, Kunsthistoriker Rag Osborn, Prof. Peter Behrens, Prof. Diels. Die Kurse sind jedermann zugänglich. Näheres ist zu erfahren durch das Institut, Berlin, Potsdamer Str. 120.

Wir bringen die vorstehende Ankündigung, die uns von der Leitung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, gezeichnet v. Prof. Dr. Schönlank, zugegangen ist, unverkürzt zur Kenntnis, müssen aber unser Bestreben über die einseitige Hervorhebung bestimmter Persönlichkeiten zum Ausdruck bringen. Im Rahmen dieser Studienwochen hält nämlich auch der Vorsitzende des Bundes entschiedener Schulreformer, Genosse Professor Paul Dehnbach drei Vorträge über entchiedene Schulreform: Begründung, Forderung, Verwirklichung, und zwar am 11., 12. und 13. Juli. Wir fordern auch in derartigen öffentlichen Ankündigungen objektive Berücksichtigung aller Richtungen.

Die Gefangenen bitten um Bäder. In dem großen Tegel Strafgefängnis herrscht ein empfindlicher Mangel an Badeschlamm. Ein gutes Bad ist ein guter Freund in einsamen Stunden, und die circa 1700 Insassen der Anstalt würden es daher dankbar begrüßen, wenn recht viele Menschenfreunde sich bereit finden möchten, entbehrliche Bücher und Zeitschriften, auch ungebundene, zu spenden. Für die Uebermittlung und Abholung von außerhalb nach besonderer Uebereinkunft würde gern gesorgt werden. Gefällige Nachrichten nach Berlin-Tegel erbeten an Oberstaatsanwaltsdirektor Bruns, Tegel, Seidelstraße 39.

Ufa-Palast am Zoo. Direktor Ignaz Wilhelm hat ein umfangreiches sehr unterhaltendes und artistisch ausgezeichnetes Varieté-Programm zusammengestellt. Ganz entzückend, neu und einzigartig sind Fräulein Kesslows Marionetten, die selber ein ganzes Varieté-Programm mimen und Lachföhne entlassen. Höchste Nervenpannung erzeugt der geheimnisvolle Witz: ein altes Weib wird in einen kleinen Bärling eingesperrt, der Bärling von etwa 20 Säbeln in Feingegenwart durchbohrt und unversehrt entflieht ihm ein schönes junges Mädchen. Elise Kuffel und Wally Krasnow ein brillantes raffineses Tänzerpaar, nicht minder interessant die eleganten skandinavischen Tänzer Hyya und Wieslander. Die drei Eltons geschmeidige Gymnastik-Komiker. Der Dreifachakt der vier Elitners in jener modernen Auffassung, die dem altbekannten Spiel immer neue fesselnde Nuancen entlockt. Fischer-Rüppke, ein Humorist, der der Gegenwart ihre grotesken Werkwürdigkeiten schenkt und dennoch die Linie guten Geschmacks innehat. Lebende Kokos-Gemäße, ein lebenswürdiger japanischer Musikant Fukito, die schöne Bourc in interessantem Lufakt und die Bambusorgel der Donwells runden das Programm erfreulich ab.

Gewinnbörse. Die Ausgabe der Proffarten findet am Freitag den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Rathaus Zimmer Nr. 11, während der Dienststunden statt. Gleichzeitig Umtausch der Krankenproffarten auf Altheie.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Juniosozialisten. Gruppe Treptow. Heute abend, 7 Uhr, im Jugendheim, Altonaer Straße 3: Parteitagabend.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Gänzliche Vorkläre von „Fot. Verleum“ des Obmann werden hiermit zu Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Hotel von Gullian, Altona, Oorschenweide, Rathausstraße 6, zu einer Besprechung zwecks Gründung einer Interessengemeinschaft freundlich eingeladen. Obm. und Sekretar: „Fot. Verleum“.



